



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/196 - 24.8.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-32
Fernschreiber 039890

Moskaus Geschenk an Grotewohl	S. 1
Eisenhower und die Republikaner	S. 3
Die Kandidaten der SPD	S. 5
Mißbrauchte Ostzonenflüchtlinge	S. 7
Anhang: Antwort an den "Spiegel"	

Die Zusagen Moskaus

(sp) "Massive Wahlbeeinflussung" war das erste Stichwort von Regierungsseite bei der Kommentierung der Vereinbarungen zwischen der Moskauer Regierung und ihrem Platzhalter in Pankow. Wir können beim besten Willen nicht sehen, worin diese Beeinflussung liegen und wem sie zugute kommen soll. Da die Kommunisten in Westdeutschland keinen politischen Faktor von Bedeutung darstellen, muß sich die Behauptung offenbar auf die Sozialdemokratie beziehen - eine mehr als erstaunliche Feststellung zu einer Zeit, in der die Behörden der Sowjetzone die sozialdemokratischen Träger des Widerstandes vom 17. Juni in Zuchthäusern und KZs verschwinden lassen.

Die wirtschaftlichen Zusagen Moskaus kommen nicht überraschend. Seit langem war zu vermuten, daß der Krenl etwas unternommen werde, um das erschütterte Ansehen seiner deutschen Satellitenregierung aufzupolieren. Diese Absicht geht auch aus der geradezu überdimensionalen Aufmachung des Besuches der deutschen Delegation und der Verhandlungsergebnisse hervor. Aber es ist nicht richtig, von vornherein und unter allen Umständen in diesen Maßnahmen nur ein großes Augenauswischen zu sehen und entsprechend darauf zu reagieren. Es wird sich mit der Zeit herausstellen, ob der einzelne Sowjetzonenbewohner gewisse Vorteile von den angekündigten Maßnahmen haben wird - in der Frage des Interzonenverkehrs und auf anderen Gebieten sind ohne Zweifel Fortschritte erzielt worden. Die vorsichtige Tendenz der Sowjets, die Lage zu entspannen, hält auf der großen politischen Ebene an.

Freilich sollte man sich hüten, das, was jetzt angeboten wird, in allen Punkten für bare Münze zu nehmen, etwa die Reduzierung der sowjetzonalen Besatzungskosten auf einen Betrag von nicht mehr als fünf Prozent der Einnahmen des Pankower Staatshaushaltes. Aber es ist eine kurzsichtige Politik, über alles Hohn und Spott zu gießen, weil man nicht hundertprozentig vom Ernst der Angebote und ihrer effektiven Wirksamkeit überzeugt

ist. Vor allem aber sollte man mit kritischen Äußerungen über das Kriegsgefangenenangebot zurückhaltend sein. Wichtig ist allein, daß bisher zurückgehaltene Kriegsgefangene freikommen sollen und es wäre sinnlos und schädlich, in diesem Augenblick und bei dieser Gelegenheit in polemischer Form große Rechnungen aus der Vergangenheit aufzumachen, obwohl in der Sache dazu noch viel zu sagen wäre.

Ehe der Wortlaut der Vereinbarungen bekannt war, hatten alliierte Kreise in Bonn, so wurde gemeldet, eine Reihe von sowjetischen Zugeständnissen angekündigt, "für den Fall, daß sich die Pläne des Kreml für eine Neutralisierung Deutschlands und eine Wiedervereinigung nach Moskauer Rezept" nicht verwirklichen lassen sollten. (Sie sind durchaus nicht für diesen Fall, sondern zunächst einmal im Rahmen von Verhandlungen über eine Wiedervereinigung Deutschlands gemacht). Die Sowjets schienen nach diesen Berichten auch für die Verhandlungen einer Viererkonferenz nur eine Alternative zu kennen: Entweder Annahme des Kreml-Planes einer Neutralisierung oder Fortdauer der Spaltung Deutschlands.

Die Westmächte, das möchten wir hinzufügen, operieren von ihrem Gesichtspunkt aus nicht weniger einseitig und unverständig, wenn sie von der Alternative ausgehen, die Professor Hallstein selbst einmal formuliert hat: Entweder Integrierung ganz Deutschlands in den Westen oder anhaltende Teilung. Aus dem Mittelwege zwischen beiden Alternativen muß die Lösung erstrebt und gefunden werden. Es ist fast natürlich, daß vor dem Beginn von Verhandlungen sich die Standpunkte noch schroff gegenüberstehen. Das sollte wirklich kein Grund sein, auf ein Gespräch zu verzichten.

Interessant ist, daß in den neusten sowjetischen Verlautbarungen nicht mehr die Rede von einer Viermächte-Kontrolle ist und daß einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung "in erster Linie" die Aufgabe zugewiesen wird, gesamtdeutsche freie Wahlen vorzubereiten und durchzuführen. Die Bildung einer solchen provisorischen gesamtdeutschen Regierung in den von Sowjets vorgeschlagenen Formen ist unmöglich und abzulehnen. Zur Vorbereitung freier Wahlen im rein verwaltungsmäßigen Sinne genügt eine gemischte technische Kommission, die ohne den geringsten politischen Auftrag tätig zu sein hätte.

Die elementare Erkenntnis in der Frage der deutschen Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit ist die, daß es sie- wegen des Einspruchs Moskaus- nicht geben wird, wenn die Westverträge in Kraft treten. Das weiß heute jedermann auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs. Davon hat man also auszugehen. Und wer deshalb für die Verträge auch heute noch eintritt, muß sich sagen lassen, daß er gegen die Wiedervereinigung arbeitet, ob er es zugibt bzw. will oder nicht. Das trifft solange zu, bis klargemacht wird, wie die deutsche Einheit in Frieden bei einer militärischen Verschmelzung der Bundesrepublik in den Westen wieder hergestellt werden kann.

+ + +

Rückt Eisenhower wirklich nach links ?

H.S.-New York, Ende August

Die bekannte amerikanische Wochenzeitschrift "United States News", ein stramm republikanisches, streng konservatives Blatt, dessen Herausgeber David Lawrence einer der rechten Flügel männer im amerikanischen Pressewald ist, überraschte vor kurzem ihre Leser mit der lapidaren Mitteilung zu Beginn ihrer regelmäßigen Wochenübersicht: "Deser kann man gewiß sein: Eisenhower wird zum großen Teil den 'New Deal' weiterführen". Wenn man bedenkt, daß das Schlagwort "New Deal", das die Politik des Wohlfahrtsstaates und der geplanten Vollbeschäftigung umfaßt, die Ära der demokratischen Präsidenten Roosevelt und Truman charakterisierte, und daß im vergangenen November der Republikaner Eisenhower gerade darum von der Mehrheit des Volkes gewählt wurde, weil dieses der staatlichen Kontrolle der Wirtschaft und der anderen Wohlfahrtsstaats-Begleiterscheinungen überdrüssig war - dann muß die unerwartete Eröffnung, daß Eisenhower im Grunde am New-Deal-Kurs des amerikanischen Staates nichts ändern und weiterhin in der gleichen Richtung steuern wird, allerlei Staunen und Verwunderung erwecken.

Die Zeitschrift fuhr in dem gleichen Bericht fort, ihre Prophezeiung näher zu begründen: Eisenhower werde die Sozialversicherung erhöhen und weiter ausbauen, anstatt sie einzuschränken, er werde die Preisstützungspolitik für die Landwirtschaft fortsetzen, er werde weiter mit Mitteln der öffentlichen Hand den billigen und gemeinnützigen Wohnungsbau fördern, der Staat werde weiterhin Kredite für Unternehmungen zu bestimmten Zwecken erteilen, und damit den Privatbanken Konkurrenz machen und der Präsident werde Abänderungen des von den Gewerkschaften so heftig bekämpften Taft-Hartley-Arbeitsgesetzes vorschlagen, die erhebliche Konzessionen für die Arbeitnehmerseite enthalten.

Konservative enttäuscht

Der Ton, in dem diese Übersicht über das politische "Klima" der Regierung Eisenhower in dieser konservativen Zeitschrift gegeben wird, ist natürlich Mißstimmung und Enttäuschung. In der Tat sind die konservativen Kreise der Republikanischen Partei, die man früher als die "Taft-Gruppe" bezeichnet hätte, mit Eisenhower unzufrieden, weil er ihnen nicht republikanisch genug ist; im Kongreß hat sich ja bei vielen wichtigen Abstimmungen immer wieder gezeigt, daß Vorlagen der Regierung nur dadurch die nötige Mehrheit fanden, daß weite Kreise der demokratischen Opposition für sie stimmten - und so den Ausfall der rechten Republikaner wettmachten. Und nunmehr scheint in diesen gleichen konservativen Kreisen die Parole ausgegeben zu werden, daß in Zukunft Eisenhower noch mehr "New Deal", noch "un-republikanischer", noch weniger konservativ handeln wird, und daß man gut tue, sich auf einen weiteren Linkeruck der Regierung einzustellen.

Nun ist freilich, mit den Augen des New-Deal-Mannes gesehen, die Regierung Eisenhower keineswegs so ausgeprägt fortschrittlich, wie es diese Stimmen glauben machen wollen - sie ist nur nicht ganz so ausgeprägt reaktionär oder gar isolationistisch, wie man es auf der Rechten gewünscht haben mag. Die bisherige Erfahrung mit Eisenhower deutet auf einen Kurs der gemäßigten Rechten hin: Seine Abneigung gegen

große öffentliche Arbeiten der Bundesregierung, vor allem auf den Gebieten der Wasserregulierung und Wasserkraftgewinnung, ist deutlich, und seine Tendenz, derartige Aufgaben entweder der Privatwirtschaft oder allenfalls den Gemeinden zu überlassen, ist ausgesprochen anti-newdealisch. Auch die Verteilung der Petrolvorräte in den amerikanischen Küstengewässern unter dem Meeresspiegel an die Jurisdiktion und Kontrollgewalt der angrenzenden Gliedstaaten, statt an die der Bundesregierung, wie Truman und die Demokraten dies beharrlich gefordert hatten, ist ein Schlag gegen die Idee des Wohlfahrtsstaats, der staatlichen Wirtschaftslenkung und geplanten Vollbeschäftigung, weil er der Zentralregierung eine überaus wichtige Waffe, die der Kontrolle über die Petrolvorräte in den Küstengewässern, aus der Hand schlägt.

Gegendruck von links

Das alles klingt nicht nach kühner sozialrevolutionärer Politik der Regierung, und man fragt sich, ob die Angriffe von rechts gegen den Präsidenten nicht ein wenig offene Türen einrennen - es sei denn, sie wollen einem Gegendruck von links begegnen. Und ein solcher Gegendruck ist in der Tat vorhanden: Es gibt eine gewisse Logik der amerikanischen Innenpolitik, letzten Endes zurückgehend auf die Häufigkeit parlamentarischer Wahlen (alle zwei Jahre für die zweite Kammer des Kongresses), die Regierungen und Parlamentarier zu "volkstümlichen" Konzessionen zwingt, auch wenn sie sie im Prinzip ablehnen.

Am deutlichsten ist das in der Agrarpolitik ausgeprägt. Gleich zu Eisenhowers Amtsantritt bescherte ihm der Zufall oder ein grausamer Ablauf ökonomischer Zusammenhänge einen katastrophalen Preissturz in den Agrarprodukten, vor allem im Weizen. Das Gesetz, noch aus Roosevelts Zeit stammend, sieht in solchen Fällen automatische Preisstützung durch die Regierung vor - aber gegen dieses Gesetz hatten die Republikaner im Wahlkampf Sturm gelaufen - und die Farmer, die jahrelang bei günstiger Preisentwicklung auch ohne Staatseingriffe gut gefahren waren, stimmten für Eisenhower. Jetzt hat sich das Blatt gewendet. Die Farmer wurden zu einem Plebiszit aufgefordert, ob sie nächstes Jahr staatliche Freihilfe bei staatlicher Begrenzung und Regulierung der Produktion wünschen, oder gänzlich freie Agrarwirtschaft, unbegrenzte Anbaufreiheit und dafür keine Freihilfe. Sie stimmten mit überwältigender Mehrheit für die Anbaubegrenzung und die staatliche Hilfe, also im Grunde gegen die republikanische Philosophie - mit dem Ergebnis, daß Eisenhower nun weiterhin Roosevelts Agrarpolitik mit staatlichem Einfluß und staatlichen Interventionen fortführen wird. Auf dem Agrarsektor ist das zweifellos eine ganz demonstrative Rückkehr zum Wohlfahrtsstaat - und also in den Augen der Konservativen im Lande ein Linksruck - die man in republikanischen Partiekreisen gewiß nicht gerne sieht, die sich aber aus der Natur der Sache ergab und die kein Parlamentarier, will er sich nicht alle Farmer Amerikas zum Feind machen, bekämpfen kann. Wohlfahrtsstaat und "New Deal" sind also offenbar wirklich auch unter Eisenhower noch nicht gänzlich zum alten Eisen geworfen worden.

+ + +

Die SPD-Kandidaten für den neuen Bundestag

(sp) Nachdem die Frist für die Einreichung von Wahlvorschlägen am 20. August abgelaufen ist, veröffentlicht der Vorstand der SPD eine Gesamtliste der in den 242 Wahlkreisen und auf den neun Landeslisten aufgestellten sozialdemokratischen Kandidaten. Die Liste enthält insgesamt 412 Namen.

Nun läßt zwar eine solche Liste noch keinerlei Schlüsse auf die altersmäßige oder fachliche Zusammensetzung der zukünftigen Bundestagsfraktion zu, denn nicht alle Kandidaten werden in den Bundestag einziehen, aber es kann schon jetzt festgestellt werden, daß die kommende Fraktion, verglichen mit der SPD-Bundestagsfraktion im Jahre 1949, jünger sein wird. Das Durchschnittsalter der Kandidaten liegt bei etwas über 47 Jahren. Das ist umso beachtlicher, als 109 von den bisherigen 131 Bundestagsabgeordneten der SPD wieder kandidieren.

Die jüngsten Kandidaten wurden in Nordrhein-Westfalen aufgestellt, nämlich im Wahlkreis Wuppertal II der Stadtinspektor Manfred Fuchs und in dem Wahlkreis Düren-Monschau-Schleiden der Gewerkschaftssekretär Hans Iven, beide sind 25 Jahre alt, Fuchs wird allerdings noch vor der Wahl 26. Überhaupt ist die Zahl junger Kandidaten beachtlich. Bis zu 30 Jahren alt sind 17 Kandidaten und bis zu 35 Jahren 59 (dies ist die Altersgrenze der Jungsozialisten in der SPD). Zwischen 35 und 45 Jahren liegt das Alter von 107 Kandidaten.

Aus einer prozentualen Aufrechnung ergibt sich, daß nur 25 Prozent der aufgestellten Kandidaten älter als 55 Jahre ist (älter als 65 Jahre sind neun Kandidaten, also 2,19 Prozent), der älteste Kandidat ist 71 Jahre alt (der mit 92 Jahren vermutlich älteste Kandidat wird von der GVP aufgestellt).

Von den 109 Bundestagsabgeordneten, die wieder kandidieren, behielten 69 ihren alten Wahlkreis und 29, die im Jahre 1949 über eine Landesliste in den Bundestag kamen, sind diesmal ebenfalls in Wahlkreisen aufgestellt. 22 Bundestagsabgeordnete kandidieren nicht wieder.

Unter den 412 SPD-Kandidaten befinden sich 50 Frauen (zum Vergleich: 13 Frauen gehörten der Bundestagsfraktion 1949 an). Von den

50 Frauen kandidieren 13 in Wahlkreisen, während die übrigen auf den Landeslisten aufgeführt sind.

Die Berufsskala geht vom Arbeiter bis zum Wissenschaftler. Industrielle und Vertreter von Arbeitgeberverbänden befinden sich allerdings nicht darunter. Am stärksten ist die Gruppe der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die mit 192 Kandidaten fast die Hälfte der Berufe aller Kandidaten umfaßt. In dieser Gruppe sind 62 Beamte enthalten. Ferner befinden sich unter den Kandidaten 23 Pädagogen, 8 Juristen, 9 Landwirte, 4 Pfarrer, 47 Gewerkschaftssekretäre und 13 Parteisekretäre. 42 weitere Kandidaten haben verschiedene Berufe der freien Wirtschaft.

Über weitere Einzelheiten liegen noch keine vollständigen Angaben vor. Zur Ergänzung des Bildes sei hier aber angeführt, daß von 300 Kandidaten 242 Kriegsteilnehmer sind, davon 32 Teilnehmer am ersten und zweiten Weltkrieg. 84 davon sind Bombengeschädigte, 55 Flüchtlinge, 78 Naziverfolgte.

Sensationen sind in den Listen nicht zu finden. Weder befinden sich unter den Kandidaten Generale und Admirale der ehemaligen deutschen Wehrmacht, die offenbar wieder unentbehrliches Requisit der deutschen Politik werden sollen, noch hat die SPD ehemalige Größen der NSDAP aufgestellt. Auch die in der Presse wiederholt genannten Film- und Fußballgrößen sind auf den Listen nicht zu finden. Hierbei hat es sich allerdings von vornherein nur um eine Zeitungsentee gehandelt. Weder die SPD noch die genannten Prominenten der Leinwand und des grünen Rasens haben jemals im Ernst an eine Kandidatur gedacht.

+ + +

Rückfall in den Obrigkeitsstaat

(sp) In einigen vorwiegend katholischen Orten des Landkreises Pirmasens, darunter dem über 3 000 Einwohner zählenden Hauenstein, haben die Gastwirte es abgelehnt, ihre Säle SPD-Sprechern zur Verfügung zu stellen, wohl weniger aus eigenem Entschluß als unter dem Druck der örtlichen CDU. Dieser Zustand erinnert an gewisse düstere Kapitel im alten Obrigkeitsstaat, in dem man auch zuweilen mit Anwendung solcher Mittel die Opposition bei der Bekundung ihrer Auffassung auszuschalten versuchte. Der Rückfall in die Zeit des Sozialistengesetzes dürfte zwar den Vormarsch der SPD auch in diesem Gebiet nicht aufhalten, aber er zeigt doch in erschreckendem Maße den Grad von Unduldsamkeit, der heute in manchen Teilen der Bundesrepublik herrscht.

+ + +

CDU organisiert Schlägertruppe

-ler. In Bayern und in Niedersachsen kam es in den letzten Tagen zu den ersten größeren Zwischenfällen und Zusammenstößen in SPD-Wahlversammlungen, ausgelöst von Flüchtlingen aus der Sowjetzone, die als organisierte Störtruppe auftraten. Diese Flüchtlinge kamen nicht von ungefähr. Sie hatten auch nicht den Wunsch, sich etwa ernsthaft mit den sozialdemokratischen Auffassungen über die deutsche Politik auseinanderzusetzen. Sie kamen mit dem ausdrücklichen Auftrag, die Versammlungen zu sprengen. Ihr Auftraggeber war in Bayern die CSU, und in Niedersachsen die CDU. Mit Lastwagen und Autobussen und gegen gute Bezahlung wurden diese bedauernswerten Menschen aus den Flüchtlingslagern herausgeholt und in die Versammlungen dirigiert.

In den Wahlkämpfen der dreißiger Jahre bedienten sich die Nationalsozialisten gleicher Methoden - nur waren es damals mißbrauchte Arbeitslose. Heute sind es aus der Sowjetzone stammende Flüchtlinge, Menschen, die alles verloren haben und die gerade der Kanzlerpartei gut genug sind, sie als Störtruppe gegen die SPD zu verwenden. Wäre es nach der Kanzlerpartei gegangen, dann stünde heute in Westdeutschland oder in Westberlin kein Tor für die Opfer des sowjetzonalen Terrors offen; das Flüchtlingsnotaufnahmegesetz, das für Zehntausende den Weg nach dem Westen freihielt, verdankt sein Wirksamwerden sozialdemokratischer Initiative. Diese doppelt betrogenen Flüchtlinge, die sich nun als organisierte und bezahlte Versammlungsstörer hergeben, wissen wirklich nicht was sie tun und ihnen ist auch nicht einmal ein Vorwurf zu machen.

Nichts ist wohl verwerflicher, als die Not von Menschen, die dank der Regierungspolitik heute noch in Bunkern oder in Massenflüchtlingslagern leben, für eigene parteipolitische Zwecke auszunützen. Das ist weder christlich, noch besonders klug, denn es werden damit Ressentiments gezüchtet und Leidenschaften erweckt, die sich gegen ihre Urheber einmal selbst richten. Hier spielt die CDU, nur weil sie die sachliche Auseinandersetzung mit der Opposition scheut und die Wahrheit fürchtet, mit einem Feuer, das sie selbst verzehren kann.

Zum Glück ist es nur ein verschwindend kleiner Bruchteil von Flüchtlingen, der sich für diese besondere Art von Wahlkampf der führenden Regierungspartei mißbrauchen läßt.

Verantwortlich: Peter Raunau